

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886846 pbbn
Telefax: (0228) 9 1520-12

Inhalt

Rudolf Scharping begrüßt den Wahlausgang in der bayerischen Landeshauptstadt: In München wurde eine Kampagne gestoppt.

Seite 1

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB betont die Notwendigkeit, den historischen Durchbruch im Nahen Osten abzusichern: Mit know how und Projektförderung helfen.

Seite 2

Brigitte Adler MdB zur Bonner Entscheidung, der Bundeswehr in den Städten "zumindest eine beschränkte Bewegungsmöglichkeit" zu belassen: Militärinteressen wichtiger als Verkehrsberuhigung?

Seite 3

Dokumentation

Dr. Herta Däubler-Gmelin und Ulrich Maurer haben ein Plädoyer für eine neue Politik der Inneren Sicherheit erarbeitet. Wortlaut

Seite 3

48. Jahrgang / 174

13. September 1993

In München wurde eine Kampagne gestoppt

Der Wahlsieg von Christian Ude ist auch eine Ermütigung für Henning Voscherau

Von Rudolf Scharping
Vorsitzender der SPD

Diese Wahl war mehr als die Wahl zwischen zwei Kandidaten für das Oberbürgermeister-Amt - hier fand exemplarisch eine Auseinandersetzung zwischen zwei Politik-Richtungen statt: Zwischen einer Position, die für soziale Gerechtigkeit, Weltoffenheit und Toleranz steht, und einer Position, deren Übergänge zum rechtsradikalen Spektrum fließend sind.

Dieser Wahlkampf hat deutlich gemacht, wohin die CSU marschiert: Sie ist offenbar fest entschlossen, durch Übernahme rechtsradikaler Parolen ihren Niedergang aufzuhalten.

Sie scheut dabei aber auch nicht davor zurück, mit Demagogie und dumpfen Parolen eine Polarisierung herbeizuführen, die den inneren Frieden in unserem Land gefährdet.

Es ist wichtig für die politische Hygiene in Deutschland, daß diese Kampagne in München gestoppt worden ist.

Der Wahlsieg von Christian Ude ist zugleich auch eine Ermütigung für Henning Voscherau in Hamburg, wo am kommenden Sonntag die Bürgerschaft gewählt wird.

Nun kommt es darauf an, daß Deutschland insgesamt zusammenrückt. Für eine Politik, die neue wirtschaftliche Dynamik entfaltet, neue Arbeitsplätze schafft, die wirtschaftliche und soziale Einheit unseres Landes herstellt und neue Hoffnung in Deutschland mit sozialer, ökonomischer und ökologischer Modernisierung verbindet.

(-13.9.1993/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erweitertes Angebot
mit weiteren Rubriken
Kleinformatig



Mit know how und Projektförderung helfen
Der historische Durchbruch im Nahen Osten bedarf der Stabilisierung

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Vertragsunterzeichnung in Washington ist der historische Durchbruch im Nahen Osten perfekt. Sieht man genau hin, so handelt es sich zwar zunächst um einen bescheidenen Anfang für ein friedliches Zusammenleben des israelischen und palästinensischen Volkes. Gerade deshalb muß jedoch die Staatengemeinschaft sofort beim Aufbau friedlicher Strukturen der Kooperation und Entwicklung helfen.

Die Bundesregierung muß sich unverzüglich in dreierlei Hinsicht engagieren:

1. Sie sollte sich konstruktiv an den multilateralen Vorhaben der EG und der Weltbank beteiligen. Die von der EG jetzt zugesagten rund eine Milliarde DM und die von der Weltbank ins Auge gefaßten Kredite von zwei Milliarden DM sind ein guter Grundstock für Wiederherstellung und Ausbau der Infrastruktur. Ein erfolgreicher Mitteleinsatz setzt allerdings voraus, daß die Projekte mit mehr Sorgfalt geplant und durchgeführt werden, als dies bisher bei EG- und Weltbankprojekten üblich ist.
2. Die Bundesregierung muß darauf hinwirken, daß die regionale Zusammenarbeit in der Region endlich gestärkt wird. Die Einkommensunterschiede zwischen den reichen und armen Staaten der Region sind immer noch riesig. Es muß erwartet werden, daß die Ölstaaten an erster Stelle der künftigen Finanzierung für wirtschaftliche Entwicklung - insbesondere für den Wohnungsbau, für Infrastruktur, Wasserversorgung, Verkehr, Energie, Gesundheit und Erziehung - stehen.
3. Der entscheidende bilaterale Beitrag, den die Bundesrepublik zu leisten hat, liegt in der Mobilisierung technischer und personeller Hilfe. Die bisher Israel zugesagten Mittel in Höhe von 140 Millionen müssen in Zukunft auch stärker für den Aufbau der palästinensischen Selbstverwaltung in palästinensisch/israelischer Kooperation eingesetzt werden.

Für spezielle neue Projekte sollte die Bundesregierung 200 Millionen DM für die nächsten vier Jahre für langfristige Projekte zur Verfügung stellen. Entsprechende zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen müssen in den Haushalt 1994 eingestellt werden. Die finanziellen Leistungen der Bundesrepublik sollten prinzipiell über gemeinsame Projekte von EG und Weltbank gelenkt und sorgfältig mit bilateralen Initiativen abgestimmt werden.

Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren den größten Teil der Hilfe für Osteuropa und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bestritten und sie hat bleibende Verpflichtungen im Kampf gegen die Armut, Umweltzerstörung und Bevölkerungsvermehrung in der Dritten Welt. Sie muß erwarten, daß die Golfstaaten und andere europäische Staaten, die in ihrem Engagement für den Osten bisher sehr zurückhaltend waren, gewichtigen Anteil für die Hilfe im Nahen Osten übernehmen.

Ich plädiere deshalb für eine solide wirtschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik, warne aber vor einer Politik der schnellen Worte und einer Form der Scheckbuchdiplomatie, wie wir sie schon oft erlebt haben, und die dann zu keinen sinnvollen Projekten führte.

(-/13. September 1993/rs/vo-ha)

**Militärinteressen wichtiger als Verkehrsberuhigung?
Bonn will der Bundeswehr in den Städten "zumindest eine beschränkte
Bewegungsmöglichkeit" belassen**

Von Brigitta Adler MdB

Nach wie vor werden viele Gemeinden daran gehindert, verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzuführen. Der Grund ist der Wille der Bundesregierung, im Zuge des Militärstraßengrundgesetzes eine Verkehrsraumbreite von sieben Metern vorzusehen. Damit soll dem militärischen Schwerstverkehr wie auch dem allgemeinen Verkehr "zumindest eine beschränkte Bewegungsmöglichkeit" belassen werden.

Dies ist der Kern der Antwort der Bundesregierung auf meine entsprechenden Fragen. Ein Umdenken zugunsten der Bürgerinnen und Bürger in den davon betroffenen Gemeinden läßt sich hieraus leider nicht ablesen.

Einzig positiv ist, daß die Bundesregierung in jedem Einzelfall eine Regelung zwischen den betroffenen Gemeinden und den zuständigen militärischen Dienststellen vor Ort vorsieht.

Das Ziel, nämlich jeweils unter Berücksichtigung der städtebaulichen Gegebenheiten zu vertretbaren Lösungen zu kommen, ist aber nur mit entsprechender Flexibilität zu erreichen. Daran hapert es aber nach wie vor, denn die Vorschrift ist vom Charakter her eine "Kann-Vorschrift", die Straßenbauämter handhaben sie unterschiedlich. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort genau diesen Punkt nicht ausreichend klargestellt und hat es auch versäumt, auf die vorhandenen Möglichkeiten hinzuweisen.

Den betroffenen Gemeinden kann deshalb nur empfohlen werden, auf die entsprechenden Ämter einzuwirken. Ein voreiliges Nachgeben gegenüber dem Verteidigungsministerium und dem Verkehrsministerium jedenfalls verhindert bauliche Maßnahmen, die letztlich der Sicherheit und damit vor allem alten und jungen Menschen nützen, die an solchen Straßen leben.

(-/13. September 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Plädoyer für eine neue Politik der Inneren Sicherheit

Ein umfassendes Gesamtkonzept der SPD "zur öffentlichen Sicherheit und zum Schutz vor Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland" haben die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Dr. Herta Däubler-Gmelin und der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Ulrich Maurer vorgestellt, die im Team von Rudolf Scharping für die Bereiche Justiz und Innenpolitik zuständig sind. Der von der Innen- und rechtspolitischen Kommission der SPD unter Leitung von Herta Däubler-Gmelin ausgearbeitete Entwurf soll am Montag vom

Partei Vorstand beschlossen und dem Bundesparteitag Mitte November als Leitartikel vorgelegt werden. Bei der Vorstellung des sozialdemokratischen Konzepts für die öffentliche Sicherheit richteten Däubler-Gmelin und Maurer schwere Vorwürfe gegen CDU/CSU und FDP: In den zehn Jahren seit der Regierungsübernahme ist die Kriminalitätsentwicklung Jahr für Jahr gestiegen, die Sorge der Bürgerinnen und Bürger um die Sicherheit im Inneren unseres Landes nimmt zu. Zehn Jahre nach der Ankündigung der 'geistig-moralischen Wende' durch Helmut Kohl ist die positive Wertorientierung in weiten Bereichen unserer Gesellschaft verlorengegangen.

Die Versäumnisse und die von der Bundesregierung betriebene Politik der sozialen Käse setzen maßgebliche Ursachen für Entwurzelung, Verfalls- und Entsolidarisierungserscheinungen in unserer Gesellschaft und verbessern damit zugleich die Bedingungen für Radikalismus und das Entstehen von Kriminalität. Besonders negativ wirkt sich aus, daß die Konservativen eine wirksame Integrationspolitik gegenüber den bei uns lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern bis heute verhindert haben.

Die soziale Prävention ausbauen

Herta Däubler-Gmelin: "Die Bundesrepublik Deutschland braucht deshalb eine neue Politik für die Innere Sicherheit. Sie muß mit einer vernünftigen sozialen Prävention beginnen, also mit einer Gesellschaftspolitik, die den Weg in die Elfenbogengesellschaft stoppt und die Gestaltungsmöglichkeiten von Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Jugendarbeit entscheidend verbessert. Die Politik der Bundesregierung, die mit ihren Sparmaßnahmen die Schwächsten der Gesellschaft am härtesten trifft, hat verheerende Auswirkungen. Jede Mark, die hier kurzfristig eingespart wird, muß später im Polizei- und Justizbereich doppelt und dreifach ausgegeben werden. Es ist daher dringend nötig, gerade die Felder der sozialen Präventionsarbeit auch personell besser auszustatten. Wir brauchen eine Gesellschaftspolitik, die Partizipation und solidarische Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lebensbereich fördert und fordert. Die Lockerung sozialer Bindungen, die Individualisierung und die zunehmende Anonymität in unserer Gesellschaft haben gemeinschaftsorientierte Werte wie Hilfsbereitschaft, Selbstlosigkeit, Toleranz und Verantwortungsbewußtsein für andere aufgeweicht. Dieser Entwicklung muß entgegengewirkt werden.

Das Versagen der Union bei der Bekämpfung der in den letzten zehn Jahren drastisch angestiegenen Alltagskriminalität in Deutschland steht auch in Verbindung mit der unzureichenden Polizeiausstattung. Schutz vor Verbrechen darf nicht zum Privileg der Reichen werden. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist die originäre Aufgabe der Polizei. Die mit der Gefahrenabwehr verbundenen hoheitlichen Eingriffsbefugnisse sind von hauptamtlich tätigen Polizeikräften wahrzunehmen. Hierfür brauchen wir eine moderne, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei, die bürgernah handelt und in der Fläche wieder sichtbar präsent ist. Dafür muß die Polizei von polizeifremden Aufgaben entlastet werden, soweit diese auch von anderen Behörden und Einrichtungen wahrgenommen werden können.

Die vielfältigen Aufgaben der Polizei heute verlangen bessere Ausbildung, vernünftige und humane Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bewertung der Polizeiarbeit. Die zweigeteilte Laufbahn muß überall eingeführt werden. Bürgerwehren werden von der SPD abgelehnt, sie erhöhen nur scheinbar die Sicherheit, schüren Emotionen und sind auch für die Betellten gefährlich."

Das extreme Anwachsen rechtsextremistischer Gewalttaten und Manifestationen erfordert nach Auffassung von Däubler-Gmelin und Maurer eine wesentlich entschlosseneren Reaktion von Polizei und Justiz. Notwendig sei es, die rechtseradikale Szene einem permanenten Fahndungs- und Ermittlungsdruck auszusetzen. Hierbei habe sich die Bildung von Sonderermittlungsgruppen bewährt. Die Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda müsse unterbunden werden. Deshalb sei es notwendig, daß die strafrechtlichen Verbote der Verwendung und Kennzeichnung verfassungswidriger Organisationen auf ähnliche Kennzeichen auszuweiten (Paragraph 68 StGB) sowie das Verbot der Volksverhetzung (Paragraph 130 StGB) auch auf den Schutz der Menschenwürde zu erstrecken. Es könne nicht dabei bleiben, daß nur einzelne Länder wie beim Verbot der Reichskriegsflagge vorangingen. Notwendig sei ein einheitliches Vorgehen - auch der unionsgeführten Bundesländer - gegen Embleme und Agitationen der Rechtsradikalen. Polizei, Verfassungsschutz und Justiz insgesamt können jedoch nur einen begrenzten Beitrag zur Bekämpfung mit ihren Straftaten oftmals das, was sie von Angehörigen der Elterngeneration aus der Mitte der Gesellschaft an Ablehnung von Ausländern und Minderheiten sowie an Ausländerfeindlichkeit hören. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Einstellungen muß deshalb schwerpunktmäßig im politischen Bereich und durch die Bürgerinnen und Bürger selbst geführt werden. Hier tragen Eltern, Schulen und Medien, aber auch Kirchen, Parteien und Verbände eine große Verantwortung.

Ideologische Verbohrtheit fördert Kriminalität

Der Union werfen Däubler-Gmelin und Maurer vor, daß sie durch völliges Versagen und ideologische Verbohrtheit in ihrer Drogenpolitik maßgeblichen Anteil an der Ausbreitung der organisierten Kriminalität und dem immer weiter ausufernden Bereich der Beschaffungskriminalität trage. "Es grenzt an Vorsatz, daß die CDU weiterhin an ihrer absolut gescheiterten Drogenpolitik festhält. Damit macht sich die CDU mitschuldig an den riesigen Schäden und Verlusten, die durch Wohnungseinbrüche und Diebstähle als Folgen der Beschaffungskriminalität Drogenabhängiger entstehen, auf deren Konto bereits heute rund 37 Prozent aller Einbrüche gehen.

Eine wirksame Politik gegen Drogen muß neben verstärkter Prävention und deutlich gesteigerten Therapieangeboten auch ausreichende, kontrollierte Substitutionsangebote unterbreiten, um die Gefahr des Abgleitens der Süchtigen zu verringern. In diesem Zusammenhang muß auch die Rolle des Strafrechts neu überdacht werden und eine schwerpunktmäßige Verfolgung der organisierten Drogenkriminalität und der Dealer erfolgen, während der Besitz von Cannabisprodukten in kleinen Mengen zum Eigenverbrauch nicht mehr bestraft und beim Besitz von harten Drogen in kleinen Mengen zum Eigenverbrauch in Zukunft vom Legalitäts- auf das Opportunitätsprinzip übergegangen werden soll.

Die international arbeitende organisierte Kriminalität muß durch geeignete Maßnahmen wirksamer als bisher bekämpft werden. Neben der organisierten Kriminalität der Unterwelt gilt dies verstärkt auch für die organisierte Kriminalität im Bereich der Weiß-Kragen-Täter, insbesondere also der Straftaten im Rahmen der Wirtschaftskriminalität, bei illegalen Rüstungsexporten und Waffenschmuggel, illegalem Müll- und Nuklear- und Organhandel."

Ulrich Maurer: 'Geld und illegale Gewinne sind die Triebfedern gerade der organisierten Kriminalität. Deshalb muß die Forderung, daß Verbrechen sich nicht lohnen dürfen, gerade in diesem Bereich wirksam umgesetzt werden. Wir wollen daher die obligatorische Gewinnabschöpfung nach dem Bruttoprinzip einführen und bei schweren Straftaten den Einzug rechtmäßig erlangten Vermögens wesentlich erleichtern. Das Gewinnaufspürgergesetz muß einen Schwellenwert von - höchstens - 15.000 DM und eine Bearbeitungsfrist für die Staatsanwaltschaft von - mindestens - zwei Werktagen vorsehen.

Entsprechend US-amerikanischen Regelungen wollen wir ein Verfahren ad rem' einführen, das die Beschlagnahme und Einziehung von solchen Vermögensgegenständen unabhängig von einem Ermittlungsverfahren oder einer Verurteilung ermöglicht, die vermutlich durch eine schwere Straftat der organisierten Kriminalität erlangt wurden oder die zu solchen Straftaten verwendet werden sollen. Die überwiegende Wahrscheinlichkeit reicht dazu aus, es sei denn, der Eigentümer kann widerlegen, daß das Geld durch eine Straftat der organisierten Kriminalität erlangt wurde oder zu einer derartigen Straftat verwendet werden soll. Gegebenenfalls sind wir bereit, Artikel 14 GG entsprechend zu ergänzen.

Umfang der Telefonüberwachung einschränken

Der gegenwärtig rechtlich zulässige Einsatz technischer Mittel zu Zwecken der optischen oder akustischen Überwachung im präventiven Bereich ist in einigen Landespolizeigesetzen erheblich zu weit gefaßt und muß eingegrenzt werden. Wir treten dafür ein, daß der gegenwärtige Umfang der Telefonüberwachung im repressiven Bereich wesentlich eingeschränkt wird.

Bei besonders schweren Straftaten (zum Beispiel Mord, schweren Wirtschafts- und Drogendelikten, erheblichen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz, illegalem Waffenhandel, planmäßiger Geldwäsche) ist es jedoch zur wirksamen Aufklärung gerade der Tatbeiträge der zentral Verantwortlichen in Einzelfällen unerlässlich, als letztes Mittel, wenn alle anderen Fahrmethoden nicht ausreichen, auch in Räumen Mikrofone anzubringen und die Gespräche aufzuzeichnen. Es ist nicht sinnvoll, Wohnräume dabei generell auszuschließen, da sich die Verbrecher sonst in solche Räume zu Absprachen zurückziehen würden.

Der notwendige Grundrechtsschutz muß dadurch gewährleistet werden, daß die Überwachung in diesem sensiblen Bereich an die Erfüllung strenger Voraussetzungen gebunden ist, jeweils parlamentarisch bestätigt und vom zuständigen Kollegialgericht genehmigt wird. Im Unterschied zur heutigen Praxis sollen diese Maßnahmen auf Antrag der Betroffenen nachträglich gerichtlich überprüft werden können und sind nach Ablauf einer angemessenen Frist zu veröffentlichen, sofern der Betroffene dem zustimmt."

Maurer verwies darauf, daß es sich bei dem vorgelegten Entwurf um ein aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept zur wirksamen Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland handelt. Er betonte, daß es dabei zu einer isolierten Einigung über Einzelfragen der Inneren Sicherheit, wie etwa dem großen Lauschangriff, mit der SPD nicht kommen werde.

(-/13. September 1993/rs/ks)
